

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/010(VI)/15			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 28.08.2015	Hasselbachsaal	14:00Uhr	17:10Uhr

Leitung: Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper
Teilnehmer: siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 10. 07. 2015 - öffentlicher Teil T0078/15
- 4 Anträge
- 4.1 Straßenbahnerschließung der Magdeburger Veranstaltungsarenen Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei A0065/15
- 4.1.1 Straßenbahnerschließung der Magdeburger Veranstaltungsarenen BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr S0172/15
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Magdeburg BE: Bürgermeister DS0361/15

5.2	WOHNEN UND PFLEGEN MAGDEBURG gemeinnützige GmbH BE: Bürgermeister	DS0368/15
5.2.1	WOHNEN UND PFLEGEN MAGDEBURG gemeinnützige GmbH Oberbürgermeister	DS0368/15/1
6	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Hans-Jörg Schuster

Stadtrat Wigbert Schwenke

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Dr. Falko Grube

Stadtrat Jens Hitzeroth

Stadtrat Jens Rösler

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Frank Theile

Stadtrat Olaf Meister

Vertreter

Stadtrat Jürgen Canehl

i.V.f. SR Gedlich

Stadtrat Dr. Klaus Kutschmann

i.V.f. SR Frank Schuster

Stadträtin Andrea Nowotny

i.V.f. SR Boeck

Geschäftsführung

Frau Andrea Behne

Herr Mike Eve

Gäste

Amtsleiterin Heike Ponitka

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Frank Schuster

Stadtrat Hugo Boeck

Stadtrat Timo Gedlich

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 10. 07. 2015 - öffentlicher Teil Vorlage: T0078/15

Die Niederschrift der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 10. 07. 2015 – öffentlicher Teil – wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bei 3 Enthaltungen genehmigt.

4. Anträge

4.1. Straßenbahnerschließung der Magdeburger Veranstaltungsarenen Vorlage: A0065/15

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann teil.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, kann die ablehnende Stellungnahme der Verwaltung nicht nachvollziehen. Dies sei unverständlich für seine Fraktion. Mit dem Hinweis auf die derzeitige Entwicklung (Aufstieg des 1. FCM in die 3. Liga) und einem in der Diskussion stehenden Ersatzneubau für die Hermann-Gieseler-Halle sieht er ein damit verbundenes erhöhtes Verkaufsaufkommen. Stadtrat Theile bezeichnet den vorliegenden Antrag somit als sinnvoll und erklärt, diesen aufrecht zu erhalten.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, erklärt ergänzend seine Verwunderung zur Stellungnahme der Verwaltung und begründet, dass die verkehrliche Erschließung selbst von der Verwaltung vorgeschlagen wurde. Die Erschließung werde nach wie vor als sinnvoll angesehen. Dabei gehe es nicht um überlange Streckenführungen sondern um eine überschaubare Anbindung.

Bezug nehmend auf Absatz 2 der Stellungnahme hinterfragt Stadtrat Müller vor welchen Maßnahmen vertiefende Planungen nicht sinnvoll seien.

Klarstellend informiert der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper, dass in der Ursprungsfassung der Stellungnahme Ausführungen gestrichen wurden und somit dieser Absatz keinen Sinn mehr macht. Die Auffassung der Verwaltung werde im 1. Absatz dargelegt.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, informiert, dass der Antrag im Ausschuss StBV zurückgestellt wurde. Er erklärt, dass seine Fraktion den Antrag inhaltlich ablehnt. Begründend verweist er darauf, dass auf Grund des hohen Personenaufkommens vor und nach Veranstaltungen vor den Arenen wartende Bahnen nicht fahren könnten. Er widerspricht der Auffassung des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, dass es sich hier nur um eine kurze Streckenführung handelt.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper führt aus, dass die Straßenbahnerschließung bereits im Rahmen der Vorbereitungen des Stadionneubaus thematisiert wurde. Seitens der beteiligten Planer wurde bereits zu dieser Zeit die Aussage getroffen, diese Erschließung nicht vorzunehmen. Er unterstützt die Auffassung, dass Bahnen durch die sich im Streckenbereich befindlichen Fußgänger blockiert werden. Insbesondere verweist er darauf, dass die Maßnahme intensiv geprüft wurde und im Ergebnis deren Nichtumsetzbarkeit festgestellt wurde.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, merkt klarstellend an, dass die Durchführung der Straßenbahnerschließung in den vergangenen Jahren zuerst seitens seiner Fraktion und später auch von anderen Fraktionen vorgeschlagen wurde. Er legt seine Auffassung dar, dass die Platzsituation vor den Veranstaltungsarenen sehr ungünstig sei, so dass sich diese Maßnahme nicht umsetzen lässt. Er erklärt, eine Beschlussfassung zum Antrag nicht zu befürworten.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, legt seine Auffassung dar, dass die Maßnahmen der Straßenbahnerschließung anders organisiert werden kann. So sollte die Abfahrt der Bahnen stärker aus dem ÖPNV herausortiert werden und geprüft werden, die Bahnen an ganz bestimmten Stellen warten zu lassen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper vertritt die Auffassung, dass ein Fußweg von ca. 400 m zumutbar sei und verweist darauf, dass in anderen Städten Stadien erst nach einem halbstündigen Fußweg zu erreichen sind.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, sieht es als überlegenswert an, die Thematik zu diskutieren, wenn die Verlegung der Straßenbahnwerkstatt erfolgt und hier z.B. Parkmöglichkeiten für Straßenbahnen vorgehalten werden müssen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 3 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0065/15 der Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei in seiner Sitzung am 08. 10. 2015 nicht zu beschließen.

4.1.1. Straßenbahnerschließung der Magdeburger Veranstaltungsarenen Vorlage: S0172/15

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5. Beschlussvorlagen

5.1. Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Magdeburg Vorlage: DS0361/15

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Zimmermann teil.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, bezeichnet es als schwierig einen Verwaltungsrat zu entlasten, wenn dazu kein Tätigkeitsbericht vorgelegt wird. Für die vorliegende Entlastung liegen keine entsprechenden Unterlagen vor. Mit dem Hinweis auf die aus seiner Sicht bestehende Notwendigkeit der Vorlage eines Berichtes über die Tätigkeit des Verwaltungsrates erklärt er, der vorliegenden Drucksache nicht zuzustimmen.

Der Bürgermeister Herr Zimmermann gibt den Hinweis, dass bisher noch nie ein derartiger Bericht vorgelegt wurde, da seitens des Verwaltungsrates kein Bericht übergeben wurde. Er legt dar, die Auffassung des Stadtrates Rösler nachvollziehen zu können. Herr Zimmermann merkt an, der Tätigkeit des Verwaltungsrates vertrauen zu können, da Vertreter des Stadtrates in dieses Gremium entsandt wurden und bittet um Zustimmung zur Drucksache.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper merkt an, dass es keine größeren Kontrollen in Gesellschaften, die umfassend prüfen, wie bei der Stadtparkasse gibt.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, bekräftigt nochmals seine Auffassung hinsichtlich der Vorlage eines Tätigkeitsberichtes. Es sei für ihn notwendig zu wissen, was der Verwaltungsrat in seinen Sitzungen gemacht habe, über das abgestimmt werden kann.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, bezeichnet die Auffassung des Stadtrates Rösler als nachvollziehbar, merkt jedoch an, dass dieses Verfahren in den letzten Jahren nicht praktiziert wurde. Er gibt zu bedenken, dass eine Verweigerung der Entlastung eine negative Außenwirkung haben kann.

Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, kann ebenfalls die Auffassung nachvollziehen. Vorstellbar sei für ihn, zukünftig eine Stellungnahme des Verwaltungsrates abzufordern. Grundsätzliche Probleme werden von ihm jedoch nicht gesehen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper legt seine Auffassung dar, dass es keine Hinweise darauf gibt, dass die Tätigkeit des Verwaltungsrates nicht ordnungsgemäß durchgeführt wurde. Die für die Entlastung erforderlichen Abschlusszahlen sind der Drucksache zu entnehmen. Er legt dar, dass von Seiten Dritter die Ordnungsmäßigkeit der Tätigkeit des Verwaltungsrates belegt werden muss. Die ist mit dem Testat und dem Bericht zum Jahresabschluss gegeben.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 9 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen dem Stadtrat, die DS0361/15 in seiner Sitzung am 08. 10. 2015 zu beschließen.

5.2. WOHNEN UND PFLEGEN MAGDEBURG gemeinnützige
GmbH
Vorlage: DS0368/15

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Zimmermann teil.

Erläuternd zur Drucksache legt Herr Zimmermann dar, dass mit der Gründung der MOBIL GmbH die Gesellschaft WOHNEN UND PFLEGEN gGmbH (WuP) besser auf den Markt reagieren will. Dies insbesondere, da es sich auf Grund der Änderungen der Pflegegesetzgebung immer schwieriger gestaltet, sich am Markt zu behaupten. So verspreche sich die Gesellschaft auch von der Gründung, weiterhin schwarze Zahlen zu schreiben.

Auf Nachfrage des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, hinsichtlich eines Gesellschaftsvertrages und einer Geschäftsordnung für die Tochtergesellschaft verweist Herr Zimmermann auf den in der Anlage zur Drucksache beigefügten Vertrag. Insbesondere legt er dar, dass dieser die Vorbereitung einer Geschäftsordnung beinhaltet.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, Fraktion CDU/FDP/BfM, legt in seinen Ausführungen dar, dass es sich bei den Aufgaben der zu gründenden Gesellschaft um solche handelt, die auch von privaten Unternehmen übernommen werden können. Er vertritt die Auffassung, dass diese Gesellschaft kein privatwirtschaftlich arbeitendes Unternehmen sei.

Klarstellend erläutert der Bürgermeister Herr Zimmermann, dass die WOHNEN UND PFLEGEN gGmbH eine privatwirtschaftlich handelnde Gesellschaft ist. Sie müsse so handeln, da sie durch ihre Gemeinnützigkeit an bestimmte Regeln gebunden ist. Er legt dar, dass, wenn deren guter Ruf beibehalten bleiben soll, sich die Gesellschaft bewegen muss, da es durch die veränderte Gesetzgebung zu Bewegungen im Pflegemarkt kommt. Insbesondere ambulante Angebote müsse hierbei mit aufgearbeitet werden.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/FDP/BfM, merkt an, dass sich die WuP im Wettbewerb mit anderen Anbietern befindet. Die Gründung der MOBILE GmbH diene dazu, diesen Wettbewerb günstiger zu gestalten. Er sieht es als richtig und notwendig an, eine ambulant handelnde Gesellschaft zu gründen, und bezeichnet es als positiv für betroffene Patienten.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, unterstützt ebenfalls die Gesellschaftsgründung. Mit Hinweis auf zu wenige Arbeitskräfte im Pflegebereich hinterfragt er die Anzahl der einzustellenden Mitarbeiter der Gesellschaft.

Der Bürgermeister Herr Zimmermann merkt an, dass seitens des Aufsichtsrates eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung vorgelegt wurde aus der hervorgeht, dass sich die Gesellschaftsgründung wirtschaftlich trägt. Hinsichtlich der Personenanzahl könne er jedoch keine Aussage treffen.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, äußert in seinen Ausführungen die Befürwortung zur Gesellschaftsgründung. Mit Hinweis auf die aktuelle Arbeitsmarktsituation im Pflegebereich und die Einführung des Mindestlohnes spricht er sich dafür aus, seitens der Stadt diese 100 %ige Tochtergesellschaft entsprechend finanziell auszustatten. Er wirft die Frage auf, ob sich die Stadt zu tariflichen Regelungen bekennt oder zur Zahlung des Mindestlohnes. Er vertritt die Auffassung, von einer Mindestlohnzahlung abzusehen und begründet, wenn das Unternehmen tariflich gebunden ist, sollte preislich auch das geboten werden, was am Markt üblich ist.

Auf Nachfrage des Stadtrates Theile hinsichtlich tariflicher Zahlungen informiert der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper, dass nicht bekannt sei, ob tarifliche Zahlungen vorgenommen werden. Mit Hinweis auf den bestehenden Tarifvertrag der WuP legt er dar, sich nicht vorstellen zu können, dass in der Tochtergesellschaft anders gezahlt wird. Er vertritt die

Auffassung, dass hier ähnliche Konditionen wie in der WuP bestehen werden. Dies könne jedoch bis zur Beschlussfassung im Stadtrat noch geprüft werden.

Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, merkt an, dass mit der Gesellschaftsgründung in den Bereich privater Anbieter eingegriffen wird und diesen hiermit Konkurrenz gemacht wird. Er nimmt Bezug auf gutachterliche Stellungnahme zur Zulässigkeit der Gesellschaftsgründung und merkt an, dass seitens des Gutachters keine Aussage dazu getroffen wird, welche Aufgaben zukünftig besser gemacht werden. Es werde nur gesagt, dass die Gesellschaftsgründung der Absicherung der städtischen Gesellschaft diene. Stadtrat Meister wirft die Frage auf, ob tatsächlich der Bedarf an ambulanten Pflegeleistungen besteht.

Der Bürgermeister Herr Zimmermann erinnert daran, dass im Rahmen der Diskussion zur Drucksache DS0210/14 – Seniorenpflegeeinrichtungen – (Stadtrat 10.07.2014) im Stadtrat hier die Forderung danach aufgemacht wurde. Er bringt sein Unverständnis hinsichtlich der Kritik zum Ausdruck und legt dar, dass der Bedarf durchaus besteht.

Der Oberbürgermeister gibt den Hinweis, dass die ambulante Pflege ein Wachstumsmarkt ist und somit keine Konkurrenzsituation entsteht. Er glaube nicht, dass mit der Gesellschaft anderen Anbietern Aufgaben weggenommen werden.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei, erklärt seine Zustimmung zur Drucksache. Er bezeichnet es als interessant zu wissen, woran die mobilen Dienste gekoppelt werden sollen.

Hierzu führt der Bürgermeister aus, dass derzeit zwei neue Objekte gebaut werden, in denen die Dienste etabliert werden sollen. Die weitere Entwicklung müsse abgewartet werden.

Im Weiteren nimmt der Bürgermeister Bezug auf den vorliegenden Änderungsantrag DS0368/15/1 des Oberbürgermeisters. Insbesondere verweist er darauf, dass sich die Änderungen auf Grund von Hinweisen des Rechtsamtes zu zwei Paragraphen im Gesellschaftsvertrag ergeben und bezeichnet diese als unkritisch. Er macht erläuternde Ausführungen zu den Änderungen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, den Änderungsantrag DS0368/15/1 des Oberbürgermeisters in seiner Sitzung am 08. 10. 2015 zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, die DS0368/15 unter Beachtung des Änderungsantrages DS0368/15/1 des Oberbürgermeisters in seiner Sitzung am 08. 10. 2015 zu beschließen.

6. Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin